

lem Programm können Corona-Opfer für viele Monate werden. Wie soll die Wirtschaftspolitik hier reagieren? Kann man Epidemienpolitik und Wirtschaftspolitik vernünftig in Einklang bringen?

China hatte rund 5000 Tote und 80.000 Infizierte bei seiner Corona-Epidemie verzeichnet. Warum aber haben die USA mit  $\frac{1}{4}$  der Einwohnerzahl Chinas über 1 Million Infizierte und mehr als 100.000 Tote bis zur Jahresmitte 2020 verzeichnet? Ein Teil der Antwort ist einfach, dass China eine mehr als 100jährige erfolgreiche Tradition der Epidemie-Bekämpfung hat; und die USA einen populistischen Präsidenten, der seine Amtspflichten in einigen Bereichen offenbar nicht ernst nimmt und dem fast 1000 Experten in seiner Regierung – im Vergleich zur Obama-Administration – fehlen.

Dass Europa einige erfolgreiche Epidemie-Bekämpfungsländer hat, ist wohl richtig. Aber die EU hat mit Italien und Spanien sowie Belgien offenbar auch Länder mit schwachen Gesundheitssystemen und schlechter Epidemie-Bekämpfungsstrategie; dabei spielten Altersheime in Italien und Spanien eine traurige Rolle, was von einer unangemessenen Seuchenpolitik mit verursacht wurde. Auch Schweden kann man zu den Problemfällen zählen. Deutschland und Österreich wird man eher zu den Erfolgsländern rechnen können, wenn man die westlichen Industrieländer im Vergleich betrachtet. Allerdings kommt man mit einer gesundheitspolitischen Analyse allein nicht weit, man muss schon eine Verbindung der Analyse des Gesundheitssystems und des Wirtschaftssystems leisten, um eine sinnvolle Reflexion zu den Corona-Schocks vorlegen zu können; das jedenfalls wird in diesem Buch für eine Reihe von Ländern versucht (interessanter Weise war dies mit Bezug auf die USA bereits ein Hauptthema in meinem 2019 veröffentlichten Buch *The Global Trump/„Trump global“* als 2020 publizierte deutsche Buchversion).

Im Ergebnis kann man erkennen, dass die herrschende ökonomische Analyse – auch wenn es das ausgebaute Feld der Gesundheitsökonomik gibt – hier Defizite hat. Die Ökonomik ist vielfach zu sehr parzelliert, eine verbindende, sinnvolle, beziehungsweise analytisch notwendige, Betrachtung von Wirtschaftsentwicklung und Gesundheitszustand der Bevölkerung findet fast nicht statt: von Ausnahmen abgesehen. So geht man in der ökonomischen Lehrbuchliteratur davon aus, dass die Individuen ihren Konsumnutzen bei Gütern maximieren möchten, zudem eine möglichst geringe Arbeitszeit haben wollen; dass man aber auch einen optimalen oder Mindestgesundheitszustand (altersabhängig definiert) für sich dabei anstrebt – was wohl jeder Mensch macht – wird in der Regel übersehen. Das ist eigentlich sonderbar, weil das eine elementare Nutzen- und Glückskategorie der Menschen ausblendet; zumal ja die Menschen etwa in den USA immerhin 18 % des Nationaleinkommens für Gesundheitsausgaben aufwenden. Das wiederum ist  $\frac{1}{3}$

mehr als Deutschland und Frankreich, wo jedoch die Lebenserwartung deutlich höher und die Säuglingssterblichkeit geringer als in den USA ist.

Gibt es mehr gesunde Menschen beziehungsweise Arbeitnehmer und Unternehmer, dann kann man mehr produzieren, weshalb ein vernünftiges Krankenversicherungssystem als sehr wichtig gelten darf. Denn ein solches System bringt ein relativ gutes Gesundheitssystem und damit einen im Durchschnitt guten Gesundheitszustand der Bevölkerung hervor. Im Übrigen hatten die USA gut 30 Jahre vor der Trump-Präsidentschaft noch eine Lebenserwartung, die höher als in Frankreich und Deutschland war.

Die Corona-Krise hat mit vielen Infizierten und hohen Todeszahlen traurige Seiten, aber sie hat auch einige unerwartete Innovationen und Veränderungen mit sich gebracht. Denn parallel zur Corona-Gesundheitskrise entstand ein unfreiwilliger weltweiter Versuch in Sachen Home Office und digitaler Unterricht. Aus Not wird man in vielen Fällen längerfristig eine Tugend machen, die Zahl der Zuhause-Digital-Arbeitnehmer wird um Millionen gesteigert bleiben, auch wenn die Pandemie überwunden ist. Ganze Bürohochhäuser werden sich als zunächst überflüssig nach der Corona-Krise erweisen, in allen großen Metropolen der Welt. Sofern eine Impfung rasch verfügbar wird, kann man vermutlich in vielen Feldern weitgehend zum alten Leben – vor der Pandemie – zurückkehren. Ohne weltweite Impfung wären die Beschränkungen im Alltagsleben erheblich und auch Aufzugfahren in Hochhäusern kann dann nicht aussehen wie früher: weniger Leute pro Raumeinheit, Maskenpflicht und Abstandsgebot einhalten, wo immer möglich, wären Gebote der Stunde der Not.

Wie dringlich man eine wirksame Impfung braucht; für fast die ganze Menschheit. Denn sonst geht die Epidemie als internationale Bedrohung nicht weg. Allerdings hat man in 2020 gar keine effiziente Förderung der Impfstoffforschung zustande gebracht. Am 23. Mai starben 6000 Menschen weltweit, jede Verkürzung um einen Tag beim Prozess des Findens eines wirksamen Coronavirus-Impfstoffs rettet wohl um 10.000 Menschenleben – wenn man vom Impfbeginn zur Jahreswende 2020/2021 ausgeht. Die Weichen für eine optimale Impfstoff-Forschungsförderung wurden nicht gestellt; mangelhafte Kooperation zwischen der EU, China und den USA gehören zu den relevanten Problemen dahinter.

International kooperationsunwillig ist vor allem Präsident Trump, der als 45. US-Präsident auf gewichtige Weise ein Populist auf dem Höhepunkt der US-Macht ist; gewählt von einer US-Bevölkerungsmehrheit und getragen von einer sonderbar gewendeten Republikanischen Partei, zu der Trump in vielen Feldern ideologisch eigentlich kaum passt. Populisten sind Meister im Wunschdenken und verhalten sich entsprechend, wobei der US-Präsident

enorme Macht für die Inszenierung von Wohltaten für einige Gruppen hat, zudem auch Entlassungen in der Administration vornehmen kann. Wie kaum ein Präsident vor ihm hat Trump Mitarbeiter entlassen und versetzt – oft nur, weil die betreffenden Personen ihre Arbeit normal erledigen. Der Populismus, wie man ihn bei Trump, in Großbritannien bei Boris Johnson, in Brasilien bei Präsident Bolsonaro und in der Türkei zum Teil bei Präsident Erdogan auffällig sehen kann, ist in seinem typischen Wunschenken eher wissenschafts-abgeneigt und möchte den unangenehmen Hinweisen von Epidemiologen und anderen Seuchenexperten eher nicht zuhören. Das Ergebnis dürfte eine gewisse Entzauberung der Populisten sein – die Mortalitätsrate in Ländern mit Populisten-Regierungen dürfte tendenziell relativ hoch sein, da Anti-Seuchen-Maßnahmen eben unwillig und verspätet eingeleitet werden. Allerdings sorgt die Seuchengefahr für erhöhte politische Verwirrung, so dass man kaum sicher sein kann, dass die Populisten bei Wahlen auch eine klare Niederlage erleiden werden.

Für den Westen verschieben sich durch die Corona-Krise die Machtgewichte in der Demokratie mit ihrer angehängten Marktwirtschaft. Da nur der Staat die gewaltigen notwendigen Finanz-Summen zur Stabilisierung der Wirtschaft beziehungsweise zur Rezessionsüberwindung in einer global massiven Rezession mobilisieren kann und weil der Staat als Retter von Großunternehmen hundertfach als Miteigentümer plötzlich an Bord kommt, nimmt die Rolle des Staates in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu. Auch wenn es ökonomisch eher nicht vernünftig ist, dass der Staat sich in privaten Firmen quasi wie ein Unternehmer betätigt – dafür fehlt gelernten Beamten einfach in der Regel Talent und Motivation -, so werden politische Akteure kaum die Gelegenheit auslassen wollen, über die neuen Unternehmenseigentümerschaften auch unternehmensstrategisch Macht zu entfalten: also politisch nahestehende Beamte und Parteikader in leitende Unternehmenspositionen zu setzen, womöglich auch Parteispendenflüsse „zweckmäßig“ mit zu gestalten. Zur politischen Macht des Staates kommt nun durch die Corona-Krise bedingt auch noch zusätzlich wirtschaftliche Macht, so dass die normale Machtteilung westlicher Demokratien teilweise aufgehoben wird. Die Wachstumsdynamik westlicher Länder wird sich in dieser neuen Konstellation verlangsamen, was bedeutet, dass sich die Verteilungskämpfe zeitweilig verschärfen dürften. Wenn zudem in der EU die Rolle des Emissionshandels durch faktische sektorale Staatseingriffe vermindert wird – auf dem Papier mag der Emissionshandel dabei ausgeweitet werden –, so erhöhen sich unnötigerweise die Kosten der Emissionsminderung; und das mitten in der Corona-Rezession. Es gibt dann weitere Wohlstandsverluste, die notwendige System- und Politikererneuerung für eine zukunftsfähige Wirtschaft findet zu

wenig oder gar nicht statt. Die Corona-Rezession bedeutet Einkommensverluste, aber die von den Corona-Rettungsmaßnahmen ausgehenden qualitativen Veränderungen des Wirtschaftssystems erhöhen die Verlustrechnung noch deutlich; und zwar weltweit.

Der Corona-Schock wirkt weltweit als ökonomische Herausforderung und in einer Zeit erhöhter politischer Nervosität in vielen Ländern wird da gemeinsames, koordiniertes Handeln nicht leicht zu erreichen sein. Mehr politisch-wirtschaftlich machtvolle Länder in der Weltwirtschaft werden in der Corona-Zeit weniger als früher international kooperationsgeneigt sein, so dass politische, ökonomische und womöglich auch militärische Konflikte zunehmen dürften. Es ist nicht auszuschließen, dass in einigen Ländern, wo die Bevölkerung über die Seuchenpolitik der Regierung enttäuscht ist, auch vorzeitige Machtwechsel zustande kommen.

Im Übrigen besteht die Gefahr, dass manche politische Utopisten meinen, ein kurzfristig im ersten Halbjahr 2020 ausnahmsweise zur Verfügung stehendes großes Finanz-Füllhorn des Staates – mobilisiert zur Rettung von Wirtschaft und Gesellschaft – sei eine Art geheimnisvoller Hinweis: darauf, dass man in Wahrheit viele Dinge ja doch ganz leicht ganz anders machen könnte und sollte als herkömmlich. Das ist aber ein logisch-ökonomischer Irrtum. Man kann aus einer Ausnahmesituation im Leben nicht die Leitsätze für das normale Alltagsleben herleiten und eine Wiederholung der gewaltigen Rettungsmanöver für Unternehmen und Arbeitnehmer in der Corona-Krise im ersten Halbjahr 2020 wäre schon bei einer zweiten Virus-Welle einfach unmöglich, da der Staatsbankrott mit hoher Sicherheit vielen Ländern drohte.

Auch wenn das Coronavirus wohl aus China, aus Wuhan, ursprünglich kam, so ist offensichtlich, dass Chinas Regierung die Epidemie im Land nach wenigen Monaten durch strenge Quarantäne-Vorschriften zunächst besiegt hat; im späten Frühjahr 2020 wurden noch in einigen anderen Provinzen neue Infektionsfälle gemeldet, etwa im Mai in der Grenzprovinz zu Nord-Korea. China hat mehr als 100 Jahre Erfahrung in moderner Seuchenbekämpfung; als man 1910 einen Seuchenausbruch in der Mandschurei verzeichnete, gelang es dem Militärarzt Wu Lien-teh – in Westeuropa medizinisch ausgebildet – eine Epidemie in der Mandschurei durch strikte regionale Quarantänemaßnahmen zu stoppen: Zuhause bleiben, Kontaktvermeidung mit Infizierten und anderen Menschen, dann ist die Seuche überwunden.

Demgegenüber machen Teile Europas und vor allem auch die USA einen schlechten Eindruck in Sachen Seuchenbekämpfung in 2020. Sobald man etwas mehr 600 Infizierte pro Tag in einem Land wie Deutschland oder Frankreich hat, ist die Verfolgung von Kontaktnetzwerken und damit eine strikte effektive Quarantänepolitik kaum noch möglich. Es sei denn, dass

man eine auf Mobilfunktechnik aufsetzende Kontaktverfolgungs-App hätte. Solch eine App wurde immerhin in Korea, Taiwan, China und Japan erfolgreich im Frühjahr 2020 eingesetzt (in Frankreich war eine solche App immerhin im Mai verfügbar). Aus etwas sonderbaren Gründen heraus kauften westliche Länder nicht von diesen Ländern eine schon entwickelte entsprechende App ab, sondern die Politik in vielen Ländern ließ erst einmal umständlich eigene neue Apps entwickeln, die nur mit „üblicher“ Verspätung verfügbar wurden. Natürlich sind Datenschutz-Aspekte wichtig, aber in einer ersten Phase hätte man ja durchaus eine App aus Asien nutzen können. Als die Infektionszahlen rasant im März und April 2020 in den EU-Ländern, Großbritannien, der Schweiz und den USA anstiegen, konnte man seitens des Staates kaum ein anderes Seuchenbekämpfungsmittel anwenden, als quasi nationale Quarantänemaßnahmen per Regulierung zu beschließen: Vorgaben für allgemeines Zuhause-bleiben hieß für viele die Devise und viele Unternehmen oder Dienstleister – Hotels, Restaurants, Fluglinien – mussten für einige Monate fast ganz schließen.

Der öffentliche Personennahverkehr, gerade noch umweltpolitisch hochgelobt, wurde plötzlich zum Infektionsrisiko. Krankenschwestern und Ärzten wurden in vielen Ländern nun kostenlose Leihwagenangebote vorgelegt; Autofahren als sichere Fortbewegung zum Einsatzort. Im Übrigen stellte sich heraus, dass es bei Schutzkleidung und Beatmungsgeräten in vielen Ländern enorme Defizite gab. Nach hektischen Monaten improvisierter weltweiter Beschaffungsaktionen und einem allmählichen Hochfahren nationaler Produktion wichtiger Medizinprodukte – inklusive Gesichtsmasken – hatte man im Mai 2020 eine verbesserte Situation in Europa und Teilen der USA erreicht.

Die Sterberaten in Belgien, Spanien, Italien, Frankreich und Großbritannien sowie New York waren im Frühjahr 2020 die höchsten der Welt. Das ist eine teilweise überraschende Entwicklung; am meisten wohl in Frankreich, wo das Pasteur-Institut seit einem Jahrhundert als eines der führenden Epidemie-Analysezentren weltweit gilt und wo man auch dachte, dass das eigene Gesundheitssystem höchste Standards böte (Meinungsumfragen für Frankreichs Präsident Macron sahen im Sommer 2020 schwach aus und die Kommunal-Wahlen Ende Juni gingen verloren). Immerhin können Deutschland und Österreich relativ gute Werte aufweisen. Mit dem Robert-Koch-Institut hat man in Deutschland ein wichtiges Forschungsinstitut, dessen Namensgeber für Pionierforschung bei der Seuchen-Abwehr gilt.

Zu den globalen Verlierern der Coronavirus-Pandemie gehören die USA. Während China zur Jahresmitte 2020 rund 5000 Todesfälle zu verzeichnen hatte – bei 1,4 Milliarden Einwohnern -, mussten die Vereinigten Staaten unter Präsident Trump über 100.000 Todesfälle (bei 330 Millionen